

Sparen auf dem Rücken der Schwächsten

Behinderte Kinder sind unterversorgt, weil auch korrekt verordnende Ärzte ihr Einkommen riskieren

Unter den niedergelassenen Ärzten in Westfalen-Lippe geht die Angst um. Die Angst davor, Therapien, die sie verordnet haben, aus der eigenen Tasche bezahlen zu müssen. Das Nachsehen haben die Patienten.

VON PETER STUCKHARD

■ **Brakel.** Besonders betroffen sind Kinder mit einer Behinderung. Sie sind Opfer eines gesundheitspolitischen Schwarzer-Peter-Spiels. In einer hilflosen Lage sind die Eltern, wenn sie, so die Autorin Renate Hartwig bei einer Diskussion in Brakel am Donnerstagabend, bei den Ärzten „um die Verordnungen für eine Sprachtherapie oder eine Krankengymnastik betteln müssen“. Sie tun es, berichtet Judith Storf von der unabhängigen Patientenberatung Bielefeld, „damit bei der Behandlung ihrer Kinder keine Lücken im Behandlungsverlauf entstehen, denn jede Unterbrechung bedeutet Stillstand oder gar Rückschritt in der Entwicklung“. Aber warum werden nirgendwo in Deutschland weniger Heilmittel verordnet als ausgerechnet in Westfalen-Lippe, warum verweigern die Ärzte die Verordnungen? Weil sie dafür, so Renate Hartwig, „bestraft werden“. Und in der Tat müssen sie mit Ungereimtheiten leben: Sie

dürfen zum Beispiel für Kinder mit Behinderungen Heilmittel „außerhalb der Regel“ verschreiben. Jede dieser Verordnungen muss von der Krankenkasse des Patienten im Einzelfall genehmigt werden. Manche Kassen tun das, andere verzichten pauschal darauf.

Nun sollte man meinen, Ärzte, die viele solcher Verordnungen verschreiben, seien auf der sicheren Seite, weil alle Verordnungen ja von den Krankenkassen genehmigt worden sind. Weit gefehlt! Denn auch die genehmigten Verordnungen führen dazu, dass der Arzt in eine sogenannte Wirtschaftlichkeitsprüfung kommt, wenn er mindestens 50 Prozent mehr als seine Kollegen verschrieben hat. Das bedeutet: Gerade die Ärzte, die sich für ihre Patienten besonders engagieren, manövrieren sich in eine zunächst bürokratisch

unbequeme und möglicherweise auch teure Situation.

In Zahlen: Im Jahr 2005 sind gegen 570 von rund 8.000 Ärzten Verfahren eingeleitet worden. 334 oder vier Prozent der Ärzte mussten dann tatsächlich Regresse in Höhe von 4,5 Millionen Euro zahlen. Von denen sagt der Leiter der gemeinsamen Prüfungseinrichtung der Ärzte und Krankenkassen, Martin Neubürger, nur knapp: „Wir haben nicht die Falschen erwischt.“

Ob das tatsächlich so ist, spielt eigentlich keine Rolle. Denn entscheidend bleibt die Drohkulisse, die das Ordnungsverhalten aller Ärzte in eine Spirale nach unten gesteuert hat. Die Gefahr, in die Prüfung zu kommen, ist also kontinuierlich gestiegen, gerade wenn ein Arzt viele behinderte Kinder versorgt hat und weiterhin versorgt. Was, nächster Dreh der Spirale,

nicht mehr alle Ärzte tun, weshalb die, die es noch tun, noch stärker gefährdet sind.

Das hat mittlerweile auch die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe verstanden, wenngleich sich ihr Chef Ulrich Thamer mit dem Vorwurf konfrontiert sieht, zu spät auf die Abwärtsspirale reagiert zu haben. Jetzt fordert die KVWL gemeinsam mit dem Ärzteverband Hartmannbund: „Weg mit den Verordnungsfesseln.“ „Wenn ein Arzt sich an die Heilmittelrichtlinien hält“, attackiert Thamer die Tücke, trotz Krankenkassengenehmigung in die Prüfung geraten zu können, „handelt er mit seiner Verordnung doch wirtschaftlich.“ Deshalb, so Thamer, müssten die Prüfungen für Verordnungen von Heilmitteln „ein für alle Mal abgeschafft werden“.

Dann läge der Schwarze Peter wieder bei den Krankenkassen, denn die müssten ihren Versicherten im Einzelfall erklären, warum sie ihnen trotz ärztlich bescheinigter medizinischer Notwendigkeit ein Heilmittel verweigern.

Dieser Forderung können Patienten ab sofort Nachdruck verleihen, wenn sie sich auf Listen eintragen, die jetzt in den Arztpraxen ausliegen. Je mehr Unterschriften die KVWL bei den kommenden Verhandlungen mit den Kassen präsentieren kann, desto stärker dürfte auch ihre Position sein.



Meinungsaustausch: Nicht in allen Punkten einig war sich die Diskussionsrunde in Brakel: Martin Neubürger, Prüfungseinrichtung; Ulrich Thamer, KVWL-Chef; Renate Hartwig, Autorin; Peter Stuckhard, Moderator; Tobias Lunemann und Rainer van Elten, Hausärzte und Ralf Mertens, Elterninitiative (von links).

FOTO: KÖHNE